

Geschäftsführung:
Fachdienst Rat und Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid

am 08.04.2019

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Rates:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker
Ratsherr Güner Cebir
Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Jan Eggermann
Ratsherr Fabian Ferber
Ratsherr Dirk Franke
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi
Ratsherr Steffen Kriegel
Ratsfrau Sandra Manß
Ratsherr Bernd Schildknecht
Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsherr Philipp Siewert
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin
Verena Szermerski-Kasperek
Ratsherr Michael Thielicke
Ratsfrau Barbara Tümsmeyer
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß
Ratsherr Sebastian Wagemeyer

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsfrau Michaela Dötsch
Ratsfrau Ingrid Fischer
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Dr. Antje Heider
Ratsherr Daniel Kahler
Ratsherr Timothy Kahler
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Michael Meyer
Ratsfrau Ursula Meyer
Ratsherr René Pickard

Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde
Ratsfrau Britta Rogalske
Ratsherr Björn Schöttler
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsherr Otto Bodenheimer
Ratsfrau Kirsten Petereit-Fredl

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Michael Wülfrath

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Yasin Kut
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsfrau Monika Oettinghaus
Ratsherr Peter Oettinghaus

anwesend bis 18:32 Uhr
anwesend bis 18:32 Uhr

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Dr. Karl Heinz Blasweiler
Herr Martin Bärwolf
Herr Matthias Reuver
Frau Claudia Stelse
Herr Sven Haarhaus

Herr Andreas Hein

Frau Martina Pabst

Frau Martina von Schaewen

Frau Brigitte Linnepe

Herr Martin Walter

Frau Nicole Schulte

Frau Christin Spangenberg, Personalrat

Herr Hartmut Fellenberg, Personalrat

Vertreterin für Frau Noack
anwesend bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung
anwesend bis Tagesordnungspunkt 6 der
öffentlichen Sitzung
anwesend bis Tagesordnungspunkt 6 der
öffentlichen Sitzung
anwesend bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung
anwesend bis Tagesordnungspunkt 6 der
öffentlichen Sitzung
anwesend bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung
anwesend bis Tagesordnungspunkt 6 der
öffentlichen Sitzung
anwesend bis Tagesordnungspunkt 6 der
öffentlichen Sitzung
anwesend bis Tagesordnungspunkt 6 der
öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsfrau Karin Hertes

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsfrau Tanja Tschöke

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Beigeordneter Thomas Ruschin
Frau Petra Noack

Beginn: 17:16 Uhr

Ende: 18:33 Uhr

**1. Personalsituation an der Feuer- und Rettungswache
Vorlage: 072/2019**

Bürgermeister Dzewas schlägt vor, den Punkt 2.10 in der Begründung der Vorlage aufgrund des vor der Sitzung des Rates verteilten nachstehenden Antrags aller im Rat der Stadt Lüdenscheid vertretenen Fraktionen zu streichen.

Antrag aller im Rat der Stadt Lüdenscheid vertretenen Fraktionen zur Ratssitzung am 08.04.2019:

1. Der Rat der Stadt Lüdenscheid bekräftigt die Gültigkeit des aktuellen Brandschutzbedarfsplanes. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat unverzüglich Vorschläge zu unterbreiten, wie über die in der Beschlussvorlage Nr. 072/2019 genannten Ansätze zur Lösung der Personalsituation bei der Feuerwehr hinaus sichergestellt werden kann, dass der Brandschutzbedarfsplan der Stadt Lüdenscheid umgesetzt und eingehalten wird. Der Rat lehnt die in der genannten Beschlussvorlage unter E 2.10 vorgeschlagene Reduzierung der im Brandschutz zu besetzenden Funktionen von 9 auf 7 ab. Die Verwaltung hat darüber hinaus die durch die Gefährdungsbeurteilung als notwendig festgestellte und im Stellenplan 2018 verankerte 10. Funktion unverzüglich umzusetzen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb einer Frist von sechs Wochen nach Vorliegen des externen Organisationsgutachtens dem BVA ein schlüssiges Umsetzungskonzept vorzulegen. Anschließend soll bis spätestens zu den Beratungen des Stellenplans 2020 die Umsetzung einer neuen Besoldungsstruktur des FD Feuerwehr zur Beratung und Beschlussfassung vorliegen.

Ratsherr Fröhling begrüßt, dass sich die übrigen Ratsfraktionen dem ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion angeschlossen hätten.

Des Weiteren trägt er die folgende Begründung des Ursprungsantrags vor, der der Auffassung der CDU-Fraktion und nicht der der anderen Fraktionen entspreche.

„Laut Stellungnahme des Kreisbrandmeisters ist die in der Beschlussvorlage Nr. 072/2019 unter E 2.10 in Aussicht gestellte Reduzierung der im Brandschutz bestehenden 9 Funktionen auf 7 Funktionen rechtswidrig. Eine rechtswidrige Beschlussfassung darf der Rat nicht treffen.“

Nachdem die im Rat vertretenen Fraktionen und die Wehrleitung der Feuerwehr Lüdenscheid ihrerseits verschiedene Vorschläge gemacht haben, um die bedrohliche Personalsituation der Feuerwehr Lüdenscheid zu entschärfen, ist es nunmehr die Aufgabe der Verwaltung, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr Lüdenscheid dauerhaft und durchgängig sichergestellt werden kann.

Darüber hinaus ist die angespannte personelle Situation der Feuerwehr dem Verwaltungsvorstand bereits seit mehreren Jahren bekannt, wie wir zwischenzeitlich durch Akteneinsicht und die Kenntnisnahme des Entwurfes eines Personalentwicklungskonzeptes aus dem Jahr 2017 feststellen mussten. Gehandelt wurde allerdings sehr wenig und wenn, augenscheinlich nur auf entsprechenden Druck von außen. Stattdessen werden und wurden involvierte Bereiche, vor allem der FD Feuerwehr, immer wieder mit neuen Prüfungen, Aufgaben und Rückfragen „überschüttet“. Es wird immer wieder auf ausstehende Konzepte und Gutachten verwiesen, während die Mitarbeiter/innen der Feuerwehr weiter „mit den Füßen abstimmen“ und ausgeschriebene Stellen, nicht zuletzt durch die im Vergleich mit anderen Kommunen unattraktivere Besoldung, unbesetzt bleiben.

Es scheint, als habe der Verwaltungsvorstand den enormen Druck immer noch nicht erkannt. Stattdessen werden einvernehmlich aus der Politik vorgeschlagene Lösungsansätze für nicht umsetzbar erklärt. Der Bürgermeister als oberster Dienstherr verfügt offensichtlich immer noch über keine Strategie oder irgendwelche Lösungsansätze, um der sich verschlimmernden Personalmisere bei der Feuerwehr wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen. Daher ist nach unserer Überzeugung einmal mehr der Stadtrat gefordert, hier nun schnellstmöglich tätig zu werden, um die Sicherheit und den Schutz der Lüdenscheider Bevölkerung dauerhaft zu gewährleisten.“

Ratsherr Thomas-Lienkämper führt aus, dass er der Kritik der CDU-Fraktion teilweise zustimmen würde. Er hoffe, dass sich die Stimmung nun innerhalb der Feuerwehr verbessern würde. Des Weiteren begrüße er, dass die Feuerwehr zukünftig wieder selber ausbilden würde.

Ratsherr Voß teilt unter anderem mit, dass die von Ratsherrn Fröhling vorgetragene Begründung von der SPD-Fraktion nicht mitgetragen würde. Seine Fraktion weise auch zurück, dass die Alleinverantwortung beim Bürgermeister liegen würde, da es für den Bereich Feuerwehr einen zuständigen Beigeordneten gebe.

Ratsherr Holzrichter findet es richtig, dass die CDU-Fraktion in ihrer Begründung das sogenannte „Ping-Pong-Spiel“ innerhalb der Verwaltung kritisiere. Er halte es aber auch für richtig, dass es hierzu keine Wiederholung im Rat geben solle. Wichtig sei es, ein Signal zu setzen, dass der Rat der Stadt Lüdenscheid einheitlich hinter der Feuerwehr stehen würde.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüße es laut Ratsherrn Bodenheimer ebenfalls, dass alle Fraktionen eine gemeinsame Lösung in Form des Antrags gefunden hätten. Die vorgelegte Begründung sei aber aus ihrer Sicht nicht nachvollziehbar.

Ratsherr Oettinghaus befürwortet insbesondere die im Antrag eingebrachte Zeitschiene, die besage, dass die Verwaltung innerhalb von sechs Wochen nach Vorliegen des externen Organisationsgutachtens dem Bau- und Verkehrsausschuss ein schlüssiges Umsetzungskonzept vorzulegen hätte.

Ratsherr Dudas weist zu dem Vorwurf der Untätigkeit darauf hin, dass die Verwaltung bis zum jetzigen Zeitpunkt bereits zwanzig neue Stellen geschaffen und vierzig Mitarbeiter/-innen befördert worden seien.

Im weiteren Diskussionsverlauf teilt unter anderem Bürgermeister Dzewas mit, dass er sich einen Teil der Kritik annehme. Die einvernehmliche Beauftragung des externen Organisationsgutachtens durch die Verwaltungsspitze hätte aufgrund der vorhandenen Defizite früher erfolgen können.

Das Zeichen, das heute gemeinsam von Politik und Verwaltung gesetzt würde, werde hoffentlich dazu führen, dass in den nächsten Jahren - auch aufgrund des Berichts von Herrn Walter zu den Ausbildungsperspektiven - wieder ein Regelbetrieb bei der Feuerwehr stattfinden würde.

Abschließend lässt Bürgermeister Dzewas gemeinsam über den Antrag aller im Rat vertretenen Fraktionen und der Beschlussvorlage 072/2019 „Personalsituation an der Feuer- und Rettungswache“ unter Streichung des aufgeführten Punktes 2.10 in der Begründung abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Zum Antrag aller im Rat der Stadt Lüdenscheid vertretenen Fraktionen:

1. Der Rat der Stadt Lüdenscheid bekräftigt die Gültigkeit des aktuellen Brandschutzbedarfsplanes. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat unverzüglich Vorschläge zu unterbreiten, wie über die in der Beschlussvorlage Nr. 072/2019 genannten Ansätze zur Lösung der Personalsituation bei der Feuerwehr hinaus sichergestellt werden kann, dass der Brandschutzbedarfsplan der Stadt Lüdenscheid umgesetzt und eingehalten wird. Der Rat lehnt die in der genannten Beschlussvorlage unter E 2.10 vorgeschlagene Reduzierung der im Brandschutz zu besetzenden Funktionen von 9 auf 7 ab. Die Verwaltung hat darüber hinaus die durch die Gefährdungsbeurteilung als notwendig festgestellte und im Stellenplan 2018 verankerte 10. Funktion unverzüglich umzusetzen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb einer Frist von sechs Wochen nach Vorliegen des externen Organisationsgutachtens dem BVA ein schlüssiges Umsetzungskonzept vorzulegen. Anschließend soll bis spätestens zu den Beratungen des Stellenplans 2020 die Umsetzung einer neuen Besoldungsstruktur des FD Feuerwehr zur Beratung und Beschlussfassung vorliegen.

zur Beschlussvorlage 072/2019

Die Verwaltung wird beauftragt, hinsichtlich der beabsichtigten Anhebung der Planstellen für die Notfallsanitäter*innen entsprechend der Darstellung in der Begründung zu verfahren. Von der ursprünglich geplanten Gewährung einer freiwilligen, befristeten Leistungszulage wird abgesehen.

Der aktuelle Stand des Maßnahmenpakets zur Kompensation der angespannten Personalsituation wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46

2. Erste Änderung des Stellenplans 2019 Vorlage: 047/2019

2.1. Erste Änderung des Stellenplans 2019 / 1. Ergänzung Vorlage: 047/2019/1

Ratsherr Holzrichter beantragt - wie auch bereits vor der Sitzung des Rates als Tischvorlage verteilt - über die der Beschlussvorlage 047/2019/1 „Erste Änderung des Stellenplans 2019/1. Ergänzung“ beigefügte Anlage „Erläuterungen zur ersten Änderung des Stellenplans 2019“ abschnittsweise wie folgt abzustimmen:

- Nr. 1
- Nr. 2
- Nr. 3
- Nr. 4
- Nr. 5 und 6
- Nr. 7
- Nr. 8
- Nr. 9
- Nr. 10
- Nr. 11 und 12
- Nr. 13 bis 15
- Nr. 16
- Nr. 17
- Nr. 18 bis 22
- Nr. 23
- Nr. 24 und 25
- Nr. 26
- Nr. 27 bis 29
- Nr. 30 bis 36
- Nr. 37
- Nr. 38
- Nr. 39
- Nr. 40
- Nr. 41 bis 43
- Nr. 44
- Nr. 45
- Nr. 46 und 47
- Nr. 48
- Nr. 49 (Antrag 15 neue Stelle Notfallsanitäter*innen)

Nach Ergänzung um die in der Anlage „Erläuterungen zur ersten Änderung des Stellenplans 2019“ aufgeführte Nr. 37a stimmen die Mitglieder des Rates dem Antrag einstimmig zu.

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnisse:

zu Nr. 1

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	1

zu Nr. 2

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	14

zu Nr. 3

Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	16

zu Nr. 4

Ja-Stimmen:	46
-------------	----

zu Nr. 5 und Nr. 6

Ja-Stimmen:	46
-------------	----

zu Nr. 7

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	1

zu Nr. 8

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	11

zu Nr. 9

Ja-Stimmen:	46
-------------	----

zu Nr. 10

Ja-Stimmen:	46
-------------	----

zu Nr. 11 und 12

Ja-Stimmen:	46
-------------	----

zu Nr. 13 bis 15

Ja-Stimmen:	46
-------------	----

zu Nr. 16

Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	16

zu Nr. 17

Ja-Stimmen:	46
-------------	----

zu Nr. 18 bis 22

Ja-Stimmen: 46

zu Nr. 23

Ja-Stimmen: 46

zu Nr. 24 und 25

Ja-Stimmen: 46

zu Nr. 26

Ja-Stimmen: 46

zu Nr. 27 bis 29

Ja-Stimmen: 46

zu Nr. 30 bis 36

Ja-Stimmen: 46

zu Nr. 37

Ja-Stimmen: 30

Nein-Stimmen: 15

Ratsherr Siewert ist bei der Abstimmung abwesend.

zu Nr. 37 a

Ja-Stimmen: 45

Ratsherr Siewert ist bei der Abstimmung abwesend.

zu Nr. 38

Ja-Stimmen: 45

Ratsherr Siewert ist bei der Abstimmung abwesend.

zu Nr. 39

Ja-Stimmen: 45

Ratsherr Siewert ist bei der Abstimmung abwesend.

zu Nr. 40

Ja-Stimmen: 31

Nein-Stimmen: 14

Ratsherr Siewert ist bei der Abstimmung abwesend.

zu Nr. 41 bis 43

Ja-Stimmen: 45

Ratsherr Siewert ist bei der Abstimmung abwesend.

zu Nr. 44

Ja-Stimmen: 36

Enthaltungen: 9

Ratsherr Siewert ist bei der Abstimmung abwesend.

zu Nr. 45

Ja-Stimmen: 45

Ratsherr Siewert ist bei der Abstimmung abwesend.

zu Nr. 46 und 47

Ja-Stimmen: 45

Ratsherr Siewert ist bei der Abstimmung abwesend.

zu Nr. 48

Ja-Stimmen: 45

Ratsherr Siewert ist bei der Abstimmung abwesend.

Abschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP abstimmen. Dieser Antrag wurde ebenfalls vor Beginn der Ratssitzung als Tischvorlage verteilt. Die CDU-Fraktion hat sich dem Antrag nachträglich angeschlossen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Beschlussvorlage Nr. 047/2019/1 wird wie folgt ergänzt:

Fachbereich 3 - Fachdienst Feuer- und Rettungswache (37)

Neue lfd. Nr. 49:

Neuschaffung von 15 Planstellen für Notfallsanitäter, Bewertung: A 9 LBesG

Die Stellen können besetzt werden, wenn die in der Beschlussvorlage Nr. 072/2019 auf Seite 3 oben aufgelisteten Bedingungen erfüllt sind (Änderung der Geschäftsverteilung, Erstellung von Stellenbeschreibungen, Bewertung durch Bewertungskommission).

Die freiwerdenden Stellen der umgesetzten Feuerwehrbeamtinnen und -beamten entfallen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46

**3. Bestellung des Leiters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 071/2019**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Herr Martin Walter wird zum 26.03.2019 für weitere 6 Jahre zum Leiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Lüdenscheid bestellt. Seine Amtszeit endet gleichzeitig mit seinem Eintritt in den Ruhestand.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46

**4. Verkaufsoffener Sonntag am 05.05.2019
Vorlage: 061/2019**

Ohne Aussprache fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid mit Stimmenmehrheit folgenden

Beschluss:

Die Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in der Stadt Lüdenscheid am 05.05.2019 wird in der als Anlage A1 beigefügten Form erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28

Nein-Stimmen: 16

Enthaltungen: 2

**5. Ausbau Kindertagesstätten U 3; Kita Lenneteich und Kita "Hintere
Parkstraße"
Vorlage: 058/2019**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei zwei Stimmenthaltungen der Fraktion Die Linke nachstehenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Neubau der Kita „Hintere Parkstraße“ und den Ersatzneubau der Kita Lenneteich jeweils einen Investorenwettbewerb durchzuführen und die Vergabe dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.
2. Für den Investorenwettbewerb ist jeweils eine maximale Kaltmiete in Höhe von 13,50 € / qm für die Nutzflächen gemäß den Vorgaben des Raumprogrammes der Landesjugendämter NRW festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

Enthaltungen: 2

**6. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke;
Entfristung von Erzieher/-innenstellen**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die elternzeitbedingten Befristungen aller Stellen von pädagogischen Fachkräften in städtischen Tageseinrichtungen für Kinder („Erzieherinnen- und Erzieherstellen“) werden gestrichen.
2. Im Zuge der Stellenplanbewirtschaftung wird darauf geachtet, dass keine dauerhaften Stellenüberhänge entstehen.
3. Alle zwei Jahre, beginnend im Sommer 2021, ist von der Verwaltung zu prüfen, inwieweit inzwischen aufgelaufene Befristungen neu eingestellter Fachkräfte gestrichen werden können.
4. Projektbezogene Stellenbefristungen von Erzieherinnen und Erziehern im Rahmen von zeitlich begrenzten (Förder-)Programmen bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46

**7. Antrag der SPD-Fraktion vom 22.01.2019 sowie der Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.03.2019;
"Bußgeldkatalog verschärfen"**

Bürgermeister Dzewas schlägt folgende Formulierung für einen von allen Fraktionen mitgetragenen Beschluss vor:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bußgeldkatalog der Stadt Lüdenscheid so zu überarbeiten, dass der nordrhein-westfälische Bußgeldkatalog -- analog zur Stadt Essen -- ab Mai 2019 vollumfänglich ausgeschöpft wird. Der überarbeitete Bußgeldkatalog für die illegale Abfallentsorgung wird veröffentlicht.

Ratsherr Holzrichter teilt mit, dass die FDP-Fraktion dem Beschluss nicht zustimmen werde. Wie auch bereits aus der Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Daniel Kahler zu diesem Thema in der öffentlichen Sitzung des Rates am 11.02.2019 deutlich geworden sei, seien Bußgelder in dieser Größenordnung in vielen Fällen vor Gericht nicht durchsetzbar. Die FDP-Fraktion spreche sich für Bußgeldhöhen aus, die auch rechtlich umsetzbar wären.

Ratsherr Schildknecht zitiert aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Werksausschusses des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid vom 21.03.2019 wie folgt:

„Der Antrag der SPD-Fraktion „Bußgeldkatalog verschärfen“ sowie der als neuer Tagesordnungspunkt aufgenommene Änderungsantrag der CDU-Fraktion „Bußgeldkatalog verschärfen“ müssen inhaltlich vom Fachdienst 32 (Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung) geprüft und bearbeitet werden, da der STL für das Festsetzen von Bußgeldern und deren Höhe nicht zuständig ist.

Nach ausführlicher Diskussion der Mitglieder mit dem Ergebnis, dass alle Fraktionen gemeinsam Verantwortung übernehmen wollen, wird entschieden, dass beide Anträge zusammen als Empfehlung in der Sitzung des Rates am 08.04.2019 zur weiteren Veranlassung vorgelegt werden sollen.“

Er bäte unter anderem darum, dass nun insbesondere auch die Durchsetzbarkeit geprüft würde.

Das Thema der Umsetzung würde in einer der nächsten Sitzungen des Werksausschusses des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid behandelt.

Nach weiterer Diskussion fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid bei drei Gegenstimmen der FDP-Fraktion und der Ratsfrau Petereit-Fredl folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bußgeldkatalog der Stadt Lüdenscheid so zu überarbeiten, dass der nordrhein-westfälische Bußgeldkatalog – analog zur Stadt Essen – ab Mai 2019 vollumfänglich ausgeschöpft wird. Der überarbeitete Bußgeldkatalog für die illegale Abfallentsorgung wird veröffentlicht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42
Nein-Stimmen: 3

Ratsfrau Mewes ist bei der Abstimmung abwesend.

**8. Schiedsamtswesen
Vorlage: 045/2019**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Herr Dieter Heinze, wohnhaft Am Hohberg 8, 58515 Lüdenscheid, wird für 5 Jahre zur Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk I und zum Stellvertreter des Bezirkes II gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46

**9. Satzung über die Ablösung von Stellplätzen in der Stadt Lüdenscheid 2019
Vorlage: 028/2019**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid stimmt den redaktionellen Anpassungen der Satzung über die Ablösung von Stellplätzen in der Stadt Lüdenscheid zu, die sich aufgrund der Novelle der Landesbauordnung NRW ergeben. Auf die Erläuterung in der Sachverhaltsdarstellung wird verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46

**10. Änderung der Richtlinie der Stadt Lüdenscheid zur Errichtung eines Altstadtbeirates zur Bürgerbeteiligung sowie zur Vergabe der Budgets aus den Verfügungsfonds im Stadtumbaugebiet "Altstadt Lüdenscheid"
Vorlage: 064/2019**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei zwei Stimmenthaltungen der FDP-Fraktion folgenden

Beschluss:

Die Änderung der - Richtlinie der Stadt Lüdenscheid zur Errichtung eines Altstadtbeirates zur Bürgerbeteiligung sowie zur Vergabe der Budgets aus den Verfügungsfonds im Stadtumbaugebiet „Altstadt Lüdenscheid“ - im Rahmen des Verfahrens zur Neubesetzung des Altstadtbeirates am 11. Mai 2019 wird gemäß der folgenden Beschlussvorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44
Enthaltungen: 2

**11. Einführung eines Baulandkatasters gem. § 200 Abs. 3 BauGB
Vorlage: 043/2019**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Einführung und Veröffentlichung eines Baulandkatasters gemäß § 200 Abs. 3 Baugesetzbuch wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46

**12. Bewilligung von überplanmäßigen Mitteln Haushaltsjahr 2019
hier: Brücke Zum Weißen Pferd
Vorlage: 074/2019**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der überplanmäßigen Bewilligung von Auszahlungen in Höhe von 78.000 € bei Auftragskonto J 12010405 – 7852000 „Brücke Zum Weißen Pferd“ wird zugestimmt.

Die Deckung erfolgt bei dem in der Begründung angegebenen Auftrag.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46

13. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

13.1. Bekanntgaben

13.1.1. Aufruf zur Einreichung von Modellprojekten Smart Cities

Bürgermeister Dzewas gibt folgendes bekannt:

Zum Aufruf zur Einreichung von Modellprojekten Smart Cities werde eine gemeinsame Bewerbung der Region über die Südwestfalen Agentur angestrebt, da dem eine größere Chance als einem eigenständigen Förderantrag der Stadt Lüdenscheid eingeräumt würde. Ein formaler Ratsbeschluss würde nachträglich erfolgen.

Die Ratsmitglieder stimmen diesem Vorgehen zu.

13.2. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

13.3. Anfragen

13.3.1. Anfrage des Ratsherrn Oettinghaus; Stützmauer im Bereich des Parkplatzes Oberstadt-Tunnel

Ratsherr Oettinghaus teilt mit, dass er im Garten des Kaffeehauses Weißling gesehen hätte, dass sich die Stützmauer im Bereich des Parkplatzes Oberstadt-Tunnel geneigt habe. Er frage daher an, ob die Stützmauer erneuert werden könne.

Des Weiteren befinde sich oberhalb der Stützmauer ein maroder Jägerzaun. Hierzu frage er an, wann die Stadt Lüdenscheid ihrer Sicherungspflicht nachkommen würde.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

gez. Dieter Dzewas
Vorsitzender

gez. Kerstin Marré
Schriftführerin